

SPD-Stadtratsfraktion Augsburg · Rathausplatz 2 · 86150 Augsburg

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Kurt Gribl  
Rathausplatz 1

86150 Augsburg

Augsburg, den 25.01.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden

**Antrag:**

- 1; Die Verwaltung wird beauftragt, darzulegen, wie sich die aktuelle Raumsituation in den einzelnen Ämtern und Betrieben der Stadt Augsburg darstellt. Dabei sind auch die Ausbildungsarbeitsplätze separat zu nennen.
- 2; Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, welche Überlegungen es gibt, der akuten Raumnot in den Ämtern und Betrieben der Stadt Augsburg entgegenzuwirken.
- 3; Die Verwaltung wird beauftragt, für alle städtischen Dienststellen zu überprüfen, inwieweit durch die Einführung einer elektronischen Aktenführung Raumkapazitäten frei werden, die dann anderweitig genutzt werden können.  
In einem ersten Schritt ist diese Untersuchung für das Bürgeramt durchzuführen. Dort ist - sofern möglich - mit der Umsetzung zu beginnen (Pilot-Dienststelle).

**Begründung:**

Durch die Zunahme der Bevölkerung und der Zunahme der Aufgaben der Verwaltung erfolgte, ist in den vergangenen Jahren ein moderates Wachstum der Zahl der Beschäftigten bei der Stadt Augsburg. Hierfür wurden bereits die letzten noch vorhandenen räumlichen Kapazitäten in den städtischen Dienststellen genutzt, so dass heute kaum mehr Raum für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung steht. Zuletzt wurde dies bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze bei der Stadt deutlich. In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Organisation, Personal, Migration und Interkultur wurde berichtet, dass eine Ausweitung der benötigten Ausbildungsplätze teilweise unterbleiben musste, weil städtische Dienststellen keine Räumlichkeiten für die Einrichtung von Arbeitsplätzen für die Auszubildenden verfügbar

hatten. Die Stadt Augsburg benötigt für ihre Aufgaben zusätzliches Personal, das extern eingestellt wird. Gleichzeitig muss die Stadt Augsburg die Ausbildungsplätze schrittweise erhöhen, um dem anstehenden Fachkräftemangel entgegenzutreten. Daher muss sich die städtische Verwaltung der Raumnotsituation stellen und geeignete Maßnahmen einleiten. Die Umstellung der Aktenführung auf elektronische Akten hätte - neben möglichen organisatorischen Vorteilen im Workflow - auch den Vorteil, dass bislang als Registratur genutzte Räume zu Büroräumen ungenutzt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Margarete Heinrich  
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Freund  
stellv. Fraktionsvorsitzender